



# Zu viele Kompromisse verderben die Qualität

Egal, welche Regierung in Österreich am Ruder ist – die Schulpolitik ist eine Ideologie-Bastion. Folge: halbgare, halb fertige, halbherzige Reformen, die es zu vielen recht machen wollen – und daher oft auch nur halb gut werden.

Lisa Nimmervoll

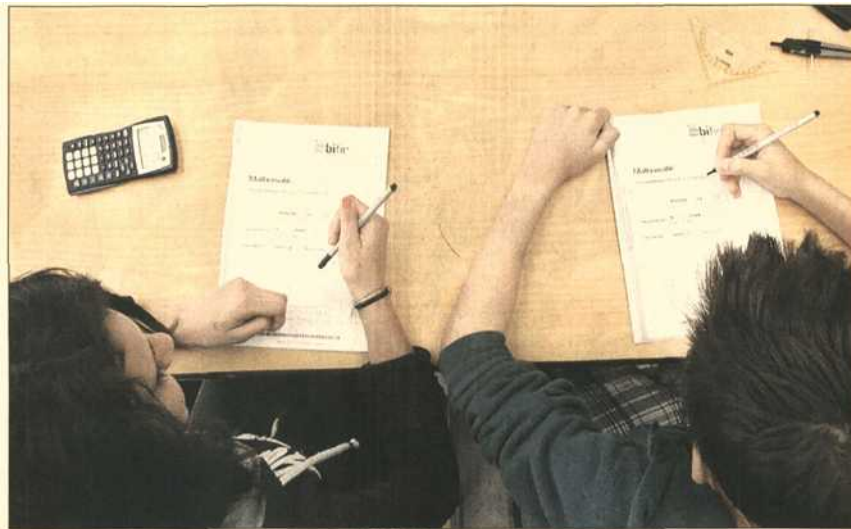
Wien – Otto Glöckel (1874–1935), sozialdemokratischer Schulreformer, wollte es schon vor rund hundert Jahren – und ist gescheitert. Claudia Schmied arbeitet seit 2007 eindreiviertel Jahre im Kabinett Gusenbauer und ab Dezember 2008 als Unterrichtsministerin der Regierung Faymann daran und hat es ebenfalls nicht geschafft: eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis 14 Jahre.

Es hat nur zum Upgrade der Hauptschulen zu „Neuen Mittelschulen“ (NMS) mit besserer Ressourcenausstattung und zwei Lehrer/-innen in den Hauptfächern (flächendeckend bis 2015/16) gezeichnet, aber: de facto unter Ausschluss der Gymnasien.

## Ambitioniert unevaluiert

Aus wissenschaftlicher Außen-sicht nennt Bildungspsychologin Christiane Spiel die NMS daher zwar „sehr ambitioniert gemeint, aber leider in einer zentralen Hinsicht nicht so aufgegangen wie erhofft“, nämlich was die Verquickung von AHS und Hauptschulen anlangt. Tatsächlich sind nur elf von 272 möglichen AHS dabei. Und was noch fehle, seien stichhaltige Evaluationsberichte der NMS, sagt Spiel, die die österreichische Bildungspolitik seit mehr als einem Jahrzehnt beobachtet, berät und evaluiert – unter Ministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) war sie Mitglied der Zukunftskommission, jetzt im Qualitätssicherungsrat der neuen Lehrerbildung.

Was den Umgang mit Berichten des als „Institution“ des Unterrichtsministeriums geführten Bundesinstituts für Bildungsforschung, Innovation und Weiterentwicklung des österreichischen



Abrechnung nach acht Schuljahren: Erstmals mussten 2012 alle 86.000 Schüler der vierten Klasse Hauptschule, NMS und AHS-Unterstufe in Mathematik zum Bildungsstandardtest antreten.

Foto: APA/Pfarrhofer

Schulsystems (Bifie) anlangt, ist Schmied mit schärfster Kritik eines ehemaligen Mitstreiters konfrontiert. Erziehungswissenschaftler Günter Haider, „Mister Pisa“ und einer von zwei Bifie-Gründungsleitern, der in diesem Amt nicht verlängert wurde (der zweite wurde juristisch zu Unrecht entlassen), wirft Schmied vor, politisch unliebsame Ergebnisse – und das Bifie ist in der privilegierten Lage, über umfangreiche Vollerhebungsdaten über alle Schulen Österreichs zu verfügen – bewusst zurückzuhalten. Ein Vorwurf, den unlängst auch Bifie-Mitarbeiter anonym kundtaten.

Haider datiert den schleichenden Bruch zwischen ihm, dem Wissenschaftler, und Schmied, der Politikerin, mit den „ersten Daten und Resultaten der von Schmied initiierten Reformen“, sagt er zum STANDARD: „Ob Neue Mittelschule oder Zentralmatura und Bildungsstandards – das waren nicht sehr erbauliche Daten“ – die dann nicht alle veröffentlicht werden durften bzw. sehr versteckt in einem Wust anderer Daten präsentiert wurden. Er berichtet von „Failed Schools, in denen nicht einmal 20 Prozent der Schüler die Standards erreichten“ – der Öffentlichkeit bisher verschwiegen. Für Haider

„totaler Machtmissbrauch“. Ministerium und Bifie-Direktion wiederum verwiesen auf später geplante Präsentationstermine.

Generell stellt Haider Schmied, mit der er durchaus viele bildungspolitische Ziele teilt, ein gespaltenes Zeugnis aus: „Positiv und professionell gemacht“ seien die Bildungsstandards, „aber das ist quasi ein Forschungs- bzw. Messunternehmen.“ Ganztagschulen seien unbestritten wichtig, 126 von 4000 Standorten aber doch etwas sehr wenig. Wie die gemeinsame Schule auch würden Ganztagschulen zur „Verminderung sozioökonomischer Ungleichheitsfaktoren beitragen. Da hätte wirklich was passieren müssen.“

Die NMS hingegen nennt er „wirklich misslungen. SPÖ und ÖVP haben da etwas kreiert, wo sie sagen konnten, da haben wir eh etwas gemacht.“ Haider spricht vom „vermaledeiten parteipolitischen System in Österreich“. Die Roten können es als Schritt in Richtung gemeinsame Schule interpretieren, die Schwarzen als erfolgreiche Verteidigung des Gymnasiums. „Schade um das

Geld. Schmied hätte sagen müssen: ‚Mit der ÖVP geht das nicht.‘ Aber nicht so halbe Sachen machen. Das zieht sich durch viele Projekte: An sich gute Ideen wurden zu zögerlich umgesetzt.“ Da gut gemeint zu wenig ist für ein gutes Schulsystem, lautet Haiders Endzensur für diese Legislaturperiode: „Fünf weitgehend verlorene Jahre.“

Politik à la Grillparzer – „auf halben Wegen und zu halber Tat, mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“ – kritisiert auch Hannes Androsch (SPÖ), Initiator des Bildungs-

volksbegehrens 2011. Er und seine Mitstreiter, darunter ÖVP-Bildungsexperte Bernd Schilcher, sind sich einig, dass in dieser Regierungskonstellation keine radikalen Reformen möglich sind, wenn nicht beide – die ÖVP im Schul-, die SPÖ im Uni-Bereich – aufhören, vorrangig ideologische „Bekanntnisse und Glaubensschwüre abzulegen“ (Schilcher).

Ungeachtet der altbekannten Ideologielastigkeit wurde aber doch „eine Reihe von Dingen in die richtige Richtung auf den Weg gebracht“, betont Bildungsexpertin Spiel. Neben dem Ganztags-



schulausbau nennt sie die neue Lehrerausbildung als „ganz wichtigen Schritt“; und auch die Bekennnisse zu einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr verbucht Spiel im STANDARD-Gespräch auf der Plusseite. Aber...

Das „aber“ sagt sie, „weil manche Schritte ein bisschen zaghaft gemacht werden, da in Österreich so viele Interessenvertretungen mitreden, und weil ich klare Implementierungsschritte vermisse. Es werden zu viele Kompromisse – bezogen auf Qualität – gemacht.“ Dass die Kindergartenpädagoginnen nicht einmal als konkretes Ziel in die neue Pädagogenbildung einbezogen wurden, obwohl klar belegt ist, wie wichtig Investitionen in die frühen Jahre“ sind, fällt für die Expertin darunter.

Apropos Interessenvertretung: Zur aktuellen Causa Prima Lehrerdienstrecht sagt sie, dass man sich „bei der Leistung der Lehrer wieder ausschließlich an den Unterrichtsstunden der Lehrer orientiert“. Damit werden automatisch andere Aufgaben, die zu einem modernen Pädagogenbild, als weniger wichtig wahrgenommen.

## 62 Regierungsprojekte

Es war jene Baustelle, auf der Schmied, die 62 beschlossene Regierungsvorlagen in die Waagschale wirft, 2009 die größte Niederlage erlebt hat – zugefügt ausgerechnet vom eigenen Parteichef, Kanzler Werner Faymann, der ihren Plan, die Lehrverpflichtung um zwei Jahre zu erhöhen, unterließ und lieber mit der ÖVP der Lehrgewerkschaft nachgab. Die Begutachtungsfrist für das neue Lehrerdienstrecht, man verhandelt seit 2001, läuft vier Tage vor der Wahl ab. Danach ist die bereits vierte Regierung damit befasst.